

Berlin, 05. Juni 2016

## **Parteikonvent Berlin am 05. Juni 2016**

### **Beschluss**

#### **Lohngerechtigkeit: Frauen und Männer verdienen das Gleiche!**

Frauen sind in Deutschland so gut ausgebildet wie nie zuvor. Sie machen bessere Schul- und Universitätsabschlüsse als Männer. Dennoch werden sie immer noch schlechter bezahlt. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, bezogen auf das durchschnittliche Stundenentgelt, beträgt immer noch 21 %. Das ist der dritthöchste Wert in Europa.

Diese Diskriminierung werden wir nicht länger akzeptieren. Das Schließen dieser seit Jahren konstanten Lohnlücke ist eine Frage der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir seit jeher für soziale Gerechtigkeit. Für uns bestimmt sich soziale Gerechtigkeit auch über den Respekt vor der erbrachten täglichen Leistung.

Für uns ist es nicht weiter hinnehmbar, dass Frauen dieser Respekt verwehrt und ihre Arbeit gegenüber der eines männlichen Kollegen allein aufgrund ihres Geschlechts geringer entlohnt wird. Schon im Koalitionsvertrag haben wir uns mit der Union darauf geeinigt, diesen Zustand zu beenden und gleichstellungspolitisch im 21. Jahrhundert anzukommen. „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ ist ein aus Artikel 3 Grundgesetz folgendes Recht aller Beschäftigten.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig hat deshalb ein „Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit“ vorgelegt. Ein Gesetz für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Das soll durch mehr Transparenz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichergestellt werden. Beschäftigte sollen einen individuellen Auskunftsanspruch gegenüber ihrem Arbeitgeber erhalten, wenn sie den Verdacht haben, dass sie im Vergleich zu anderen Beschäftigten mit der gleichen oder gleichwertigen Arbeit ungerecht entlohnt werden. Außerdem sollen große Unternehmen zur Durchführung betrieblicher Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit verpflichtet werden und über Frauenförderung und Entgeltgleichheit berichten.

Die Union und allen voran **die** Kanzlerin blockiert nun seit sechs Monaten den Gesetzesentwurf mit fadenscheinigen bürokratischen Vorwürfen. Sie möchte den Auskunftsanspruch nur auf Beschäftigte in großen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten beschränken. Damit würde das Gesetz nur für 20 % der Frauen gelten. Dies werden wir nicht hinnehmen! Frauen verdienen mehr!

Die Bundeskanzlerin und ihre Union müssen den Widerstand gegen das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern beenden. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit zwischen Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit.